

**Von:** [Ing. Gerhard Hadinger](#)  
**An:** "GGr. SVKEB Post"  
**Cc:** [maria.vassilakou@wien.gv.at](mailto:maria.vassilakou@wien.gv.at)  
**Thema:** AW: Protest gegen die Zerstörung von Steinhof (134144-2017)  
**Datum:** Donnerstag, 16. Februar 2017 23:13:37  
**Anlagen:** [image001.png](#)

---

Sehr geehrte Frau Smolik,  
Sehr geehrte Frau Mag. Maria Vassilakou,

obwohl Sie sehr ausgiebig die Entstehungsgeschichte darlegen, muss ich Ihnen in einigen Punkten widersprechen bzw. Korrekturen anbringen:

- Das Otto-Wagner-Spital wurde ausschließlich für psychisch Kranke Menschen konzipiert und errichtet. Daher ist es nicht redlich, von einem zeitgemäßen Krankenhausbetrieb zu sprechen, der sinngemäß alle medizinischen Stationen umfasst (Chirurgie, Unfallstation, Notstationen, etc.)  
Das Pavillonsystem in einem derartigen Areal ist für psychische Patienten noch immer unumstritten (siehe ausführliche Dokumentation der Oberärzte des OWS).  
Des Weiteren ist gerade für ansteckende Krankheiten ein Pavillonsystem immer noch besser, als ein zentralbelüftetes Hochhausspital (AKH), bei dem es immer wieder notwendig ist, aufgrund der Klimaanlage im Falle einer Infektion ganze Etagen zu schließen.  
Darum wurde gerade in der letzten Zeit der Pavillon Severin im OWS um Millionen € renoviert und adaptiert, um hier Patienten mit besonders hoch infektiösen Krankheiten ohne Gefährdung der Patienten in den umliegenden Pavillons zu behandeln.
- Die Umwidmung des Flächenwidmungsplanes 2006 wurde durch einen versteckten Trick ermöglicht. Das Gelände war immer Bauland, jedoch mit der Widmung „öffentliche Zwecke“. D.h. es war nur möglich, Bauten für den Spitalsbetrieb zu errichten. Nach dem Wegfall der „öZ“-Widmung war es plötzlich Freiland für Investoren und Architekten. Für die Errichtung von 600 Wohnungen und dem VAMED-Bau war damals keine Zustimmung im Wr. Gemeinderat gegeben.  
Im Besonderen wurde für die die beiden Grundstücke, auf denen heute das VAMED-Gebäude steht, schon 2006 bei der Umwidmung des Flächenwidmungsplanes die Schutzzone entfernt. Warum wohl?
- Die Ermöglichung des Baus der REHA-Klinik und der dafür erforderlich Verkauf von öffentlicher Flächen im Ostareal des OWS ohne Gemeinderatsbeschluss war ein mieser Trick der GESIBA und des KAV. Für beide Grundstücke, auf denen der heutige VAMED-Bau steht, hatte die GESIBA das Vorkaufsrecht. Erst nach Änderung der Geschäftsordnung des KAV (Jänner 2012), wonach dieser berechtigt war, öffentliche Grundstücke, die der KAV verwaltet, bis zu einer bestimmten Summe auch verkaufen zu können, hatte die GESIBA das Vorkaufsrecht an den KAV zurückgegeben und dieser hat beide Grundstücke an die damalige Immoconsult verkauft. Somit wurde unser aller Eigentum (öffentliches Gut) plötzlich Privateigentum.
- Der Widerstand gegen den Bau des VAMED-Gebäudes hat damit begonnen, dass die VAMED ohne Baubewilligung zu Bauen begonnen hatte und der erst damaligen Erkenntnis, dass öffentlicher Grund einfach privatisiert wurde.
- Das Ergebnis der Mediation hat aber auch ergeben, dass es keinen Konsens in der Frage Neubauten gegeben hat. Damit war in diesem Punkt die Mediation nicht erfolgreich. In einer Mediation gibt es keine Mehrheitsentscheidungen, sondern nur Konsens und Dissenz.
- In dem von Ihnen genannten Expertengremium haben auch zwei Mitglieder der Initiative Steinhof gesessen, jedoch ohne Mitspracherecht und ohne Einzelheiten der Besprechungen an weitere Personen weitergeben zu dürfen. Dabei hat es n der Folge aber auch einen Ausschluss eines Initiativenmitgliedes gegeben. So sieht keine Bürgerbeteiligung aus.
- Zwischen dem Verkauf an die GESIBA (99,7% Eigentum der Stadt Wien) und dem anschließenden Baurecht für 99 Jahre liegt nur der Unterschied, dass die Stadt Wien nicht

auf einmal den Kaufpreis von einer Hosentasche in die andere schieben kann, sondern nun das Geld zuzerlei jährlich transferiert wird.  
Das Ergebnis bleibt das gleiche. Der Grund, auf dem die Bauten errichtet werden, ist nicht mehr öffentlich zugänglich wie bisher, wo sich Jung und Alt unter dem Baumbestand in der Wiese erholen konnten. Also was soll das Wortspiel. Es wird niemand fremde Personen in seine Wohnung eintreten lassen.

- Architektengruppen und Expertengremien (keine Historiker, Denkmalschützer, Biologen, etc.) waren mit eingeschlossen. Was soll herauskommen wenn Architekten die Aufgabe gestellt bekommen, auf diesem Areal Häuser zu planen? Natürlich Häuser. Außerdem wurden diese Gruppen von der GESIBA finanziert.  
„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“.
- Die geplante Maximalhöhe der Bauten von 16 m ist bis Dachunterkante. Bei einer üblichen Dachneigung gehen sich locker noch zwei Etagen aus. Wer sich die reale Höhe ansehen will, kann das bei dem VAMED-Bau tun und die daneben stehenden *benachbarten* alten Pavillons in Vergleich ziehen.
- Schon bei der Planung des VAMED-Baus hat es die Vorgabe an die Architekten gegeben, dass das äußere Erscheinungsbild dem Stil Otto Wagners angeglichen werden soll. Wer sich davon ein Bild machen will, was dabei herausgekommen ist, möge sich den Beton-Plattenbau in weiss/rot vor Augen halten - nicht einmal der Farbton wurde annähernd getroffen und von Sichtziegel weit und breit keine Spur.
- Wer hat sich im Kontext auf die 160 Wohnungen geeinigt? Wohl nur die Architekten. Das Mediationsergebnis wurde dabei nicht beachtet. Mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger, ICOMOS International, ICOMOS Austria; und weitere Gruppierungen haben sich gegen die Zerstörung des Jugendstilensembles durch Neubauten ausgesprochen. Obwohl Frau Vassilakou und Frau Kickert nicht aufhören über Bürgerbeteiligung zu schwafeln, werden die Wünsche der Menschen nicht berücksichtigt (3 Wiener Petitionen und eine internationale Avaaz-Petition).  
Außerdem sind bei den 160 Wohnungen noch nicht jene Wohnungen dazugerechnet, die in den bestehenden Pavillons gebaut werden. Also wieder eine Augenauswischerei. Über die fehlende Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Einkaufsmöglichkeiten, Straßennetz, Apotheke, etc.) wurde noch nie eine Planung vorgelegt. Genauso wenig wie über das überhöhte Verkehrsaufkommen und dessen Anbindung.
- Für die Nutzung des Areals sollte es bis Ende 2016 ein Gesamtkonzept über den weiteren Bestand des Areals geben, nicht nur des Ostareals und ungenaue Beschreibungen (sollen, können, wäre möglich, ...)
- Von einem sozialen Wohnbaugedanken haben wir in der Mediation nie gesprochen, sondern von einer sozialen Nutzung der - nach Schließung des Spitals - nahezu 60 Pavillons zur Verfügung stehen. Vorschläge wurden von uns in der Mediation genug gemacht.
- Das Otto-Wagner-Areal schließt das Gesamtareal, also auch den Ostteil damit ein, wie in zahlreichen Publikationen zum Thema Otto Wagner zu lesen ist. Man muss es nur lesen können.
- Wie wir in jüngster Vergangenheit gesehen haben, genießt der Ostteil (Sie erwähnen fälschlicherweise den westlichen Teil) nur einen sehr labilen Denkmalschutz. Ich erinnere an eine Anzahl von Jugendstilgebäuden, welche aus nebulösen Gründen aus dem Denkmalschutz entlassen und geschleift wurden (Schweinestall, Pferdestall, Schmiede, Wagenremise). Nächste Opfer werden die Fleischerei und der Pavillon 8 sein, um eine bessere Zufahrtsmöglichkeit für die künftigen Bewohner zu schaffen.
- Leider treffen Ihre und die Worte von Frau Vassilakou nur verschleiert und ungenau die Tatsachen. Beide sprechen immer vom umfassenden Schutz und meinen damit nur die „Kernzone“. Das ist falsch und kann jederzeit widerlegt werden. Das Bundesdenkmalamt ist da nicht besser, da es das Areal in eine Kernzone und einen Wirtschaftsteil unterteilt hat, wo schon Bm. Häupl in einer Rede im Gemeinderat gesagt hat, dass er mit dem Begriff „Kernzone“ nichts anfangen kann.

Ich werde diese Antwort natürlich auf unsere Website öffentlich machen, damit Bürgern, die die Thematik nicht so gut kennen, kein Sand in die Augen gestreut wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Ing Gerhard Hadinger  
[www.steinhof-erhalten.at](http://www.steinhof-erhalten.at)

---

**Von:** GGr. SVKEB Post [mailto:post@gsk.wien.gv.at]  
**Gesendet:** Donnerstag, 16. Februar 2017 16:26  
**An:** 'gerhard.hadinger@a1.net'  
**Betreff:** Protest gegen die Zerstörung von Steinhof (134144-2017)

Büro der Geschäftsgruppe  
Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz,  
Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung  
1., Rathaus, 1082 Wien

134144-2017

Sehr geehrter Herr Ing. Hadinger!

Vielen Dank für Ihre E-Mail vom 15. Februar 2017 an Frau Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Vassilakou.

Den Plänen zur Umnutzung des Areals im Bereich des Otto-Wagner-Spitals liegt die Entscheidung des KAV zugrunde, wonach die vor über 100 Jahren erbaute und mittlerweile denkmalgeschützte Anlage nicht mehr den Voraussetzungen entspricht, welche für einen zeitgemäßen Krankenhausbetrieb erforderlich sind. Im Jahr 2006 wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ der aktuell gültige Flächenwidmungsplan beschlossen, der im Ostareal des Otto-Wagner-Spitals die Errichtung von ca. 600 Wohnungen sowie einer Reha-Klinik ermöglichte. Mit dem Baubeginn der Reha-Klinik hat sich in der Bevölkerung breiter Widerstand formiert, sodass Frau Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou ein Mediationsverfahren initiiert hat. Ergebnis dieses Verfahrens war unter anderem die Einsetzung eines ExpertInnen-Gremiums, welches Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen am Areal definieren sollte. Das ExpertInnen-Gremium unter der Leitung von Architekt Adolf Krischanitz untersuchte eine mögliche Bebauung im Osten des Otto-Wagner-Areals. Im April 2013 veröffentlichte das Gremium einen Schlussbericht mit einer neun Punkte umfassenden Empfehlung. In Folge wurde der bereits erfolgte Verkauf der Grundstücke an die Gesiba rückabgewickelt, um der Empfehlung des Gremiums, dass das Gesamtareal des OWS weiterhin zugänglich und im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben soll, und nur mit zeitlich begrenzten Nutzungsrechten (zum Beispiel im Baurecht) auf Basis genauer Gestaltungsrichtlinien vergeben werden soll, zu entsprechen. Ebenso vereinbart wurde die Durchführung eines Testplanungsverfahrens unter Teilnahme von ausgewählten, qualifizierten Architektinnen und Architekten im diskursiven Verfahren mit dem ExpertInnen-Gremium OWS, um potenzielle Baufelder und deren Gestaltung im Ostteil auszuloten.

Im November 2014 wurden die Pläne zur Neugestaltung des Otto-Wagner-Areals unter Wahrung des Denkmalschutzes der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt wurden zehn Baufelder für mögliche Wohnbauten identifiziert, die als maximale Erweiterungsflächen im Areal des Otto-Wagner-Spitals bebaut werden können: vier rund um die Pathologie, die restlichen sieben im Nordosten. Mit einer Maximalhöhe von 16 Metern, sollen sich die Ziegelbauten in die Silhouette des historischen Bestands eingliedern. Damit einigte man sich auf eine minimale zusätzliche Bebauung im Kontext mit dem Ensemble. Die Wohnungsanzahl hat sich dabei von 600 auf ca. 160 reduziert. Diese 160 Wohnungen sollen als leistbare Genossenschaftswohnungen errichtet werden. Die Planungen sehen vor, 40 der 160 Wohnungen dabei in Zusammenarbeit mit sozialen Trägerorganisationen in Form von betreutem Wohnen zur Verfügung zu stellen. Weitere Wohneinheiten sollen als Wohngemeinschaften genutzt werden, etwa für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen. Zusätzliche 20 Wohnungen sollen an Studierende vergeben werden. Somit soll sichergestellt werden, dass dem sozialen Wohnbaugedanken der Stadt Wien umfassend Rechnung getragen wird.



Auftraggeber, Quelle: W&E Wiener Standortentwicklung GmbH

APR-AUTBAUERSTADT

Nun erfolgt auf Basis dieser Pläne ein nächster Schritt: Die Gesiba wird im ehemaligen Wirtschaftsbereich im Osten des Spitalsareals vier neue Pavillons errichten, die sich architektonisch in das Gesamtensemble eingliedern werden.

Das Otto-Wagner-Areal mit seinem Jugendstil-Ensemble ist einer der bedeutendsten Kulturschätze Wiens. Die Stadt Wien hat das klare Bekenntnis abgegeben, das Otto-Wagner-Areal unter Wahrung des Denkmalschutzes und des Kulturguts in seiner Gesamtheit zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen.

Das Areal wurde unter Dreifach-Schutz gestellt.

1. Der historische Gebäudebestand wird durch den Denkmalschutz gesichert.
2. Das historische Ensemble samt Grünflächen ist durch eine Schutzzone nach

- der Wiener Bauordnung geschützt.
3. Eine neue Flächenwidmung wird das Kulturjuwel zusätzlich absichern.

Im Gegensatz zum Schreiben von ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege, steht auch der westliche Bereich, das sogenannte Wirtschaftsareal, unter Denkmalschutz. Ebenso ist dieser Bereich auch durch eine Schutzzone geschützt. Das bedeutet: Eine Bebauung zwischen den Pavillons über die im Plan ausgewiesenen Bereiche wird nicht möglich sein. Dadurch bleiben alle Grünflächen im Hauptteil und im westlichen Bereich unangetastet. Ebenso bleiben die Grünflächen zwischen Hauptareal und ehemaligem Wirtschaftsareal im Osten bestehen und werden von Bauland in Grünland umgewidmet. Auch die zentrale Sichtachse Pathologie – Kirche wird freigehalten. Eine Verbauung ist damit ausgeschlossen.

Wie jedes Bauvorhaben unterliegt auch diese Wohnbauentwicklung den Bestimmungen des Wiener Baumschutzgesetzes. In formaler Hinsicht möchte ich darauf hinweisen, dass für den Vollzug dieses Gesetzes die MA 42 in der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke zuständig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Smolik  
Büroleiterin

Büro Vizebürgermeisterin und  
amtsführende Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Vassilakou  
Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr,  
Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Tel: 4000-81674  
Fax: 4000-99-81670  
mailto: [post@gsk.wien.gv.at](mailto:post@gsk.wien.gv.at)



-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [steinhof@gerstl.wien](mailto:steinhof@gerstl.wien) \*EXTERN\* [<mailto:steinhof@gerstl.wien>]

Gesendet: Mittwoch, 15. Februar 2017 17:56

An: Vassilakou Maria

Betreff: Protest gegen die Zerstörung von Steinhof

Antworten bitte direkt an: Ing. Gerhard Hadinger <[gerhard.hadinger@a1.net](mailto:gerhard.hadinger@a1.net)>

Sehr geehrte Frau Mag. Vassilakou,

seit nunmehr über sechs Jahren lassen Ihre Handlungen keinen Zweifel daran, dass Ihnen am Erhalt unseres Kulturerbes nichts gelegen ist. Sie setzen es vorsätzlich darauf an, dass die Wiener

Innenstadt ihren Status als Weltkulturerbe verliert und hätte sich Ihnen nicht die größte Wiener Bürgerbewegung seit Jahrzehnten mit zehntausenden Unterstützern entgegengestellt, hätten Sie auch das einmalige Kulturjuwel des Otto Wagner-Spitals auf den Steinhofgründen längst zerstört.

Es gab in der Zwischenzeit unzählige Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen und Zeitungsberichte und all das hat Sie nicht überzeugt, nur gebremst. Ja sogar die oberste Instanz der Denkmalschützer, deren Weltverband ICOMOS hat sie bereits zwei Mal schriftlich an Ihre Verantwortung erinnert. Zu meinem völligen Entsetzen haben Sie nur mit einer Fülle an Floskeln und leeren Versprechungen geantwortet.

Wenn Sie persönlich den Meisterwerken vergangener Zeit keinen Wert beimessen, so ist das Ihre Sache. In Ihrer Funktion als Vizebürgermeisterin und Stadträtin müssen Sie aber versuchen, die Interessen aller Wienerinnen und Wiener unter einen Hut zu bringen. Dabei würde es Ihnen gut anstehen, wenn Sie das mit großer Demut angehen würden, denn Sie arbeiten für die Menschen in Wien, von denen überwältigende 88% Ihre Partei nicht gewählt haben.

Ausgerechnet am Valentinstag haben Sie mit der Rodung von 100 gesunden Bäumen in Steinhof begonnen. Für ganze 60 Wohnungen zerstören Sie nun aktiv das größte historische Jugendstilobjekt der Welt. Ein Objekt das nicht nur kulturhistorisch Weltrang hat, sondern auch durch seine barbarische Vergangenheit als medizinisches Versuchslabor für Kinder ein zeithistorisches und gesellschaftspolitisches Mahnmal darstellt. Es liegt in Ihrer Verantwortung es zu schützen, nicht zu zerstören.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem Brief, den die Generalsekretärin von ICOMOS, Kirsti Kovanen, erst in den letzten Tagen an Sie gerichtet hat und fordere Sie auf, dieser Forderung umgehend zu entsprechen!

"Es ist höchst bedauerlich, dass der Bereich des "Wirtschaftsgebietes" weder vom österreichischen Denkmalschutz noch von der Wiener Bauordnung geschützt wird. Nach Meinung von ICOMOS ist es die Pflicht der Stadt Wien und der Republik Österreich zu garantieren, dass alle notwendigen gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen werden, um das gesamte Areal zu schützen.[...]

ICOMOS wiederholt deshalb dringendst seinen früheren Appel, dass "alle Planungen für Bauarbeiten gestoppt werden müssen, bis das Nachnutzungskonzept vorgelegt und die anschließende Diskussion darüber abgeschlossen wurde" und verlangt, dass unverzüglich danach gehandelt werden soll."

Hochachtungsvoll,  
Ing. Gerhard Hadinger

[gerhard.hadinger@a1.net](mailto:gerhard.hadinger@a1.net)